

Gemeindeordnung gebunden. Danach dürfen wirtschaftliche Tätigkeiten nur ausgeübt werden, wenn sie unmittelbar der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. „Der Verkauf bzw. die Vermarktung von Heizungsanlagen gehört eindeutig nicht zur kommunalen Daseinsvorsorge eines Energieversorgungsunternehmens“, heißt es daher in dem Positionspapier. Da das SHK-Handwerk diese Aufgabe genauso gut erfülle, widerspreche es dem Paragraphen 102 der Gemeindeordnung, wenn kommunale Energieversorger in diesem Feld tätig werden.

Stefan Menrath, Vorsitzender des FV SHK BW griff den in Südbaden tätigen Energieversorger Badenova als schlechtes Beispiel heraus. Der wirbt auf seiner Webseite unter anderem damit, er biete „ein komplettes Baukastensystem“ für Haus oder Wohnung, das auch Wärmepumpen beinhalte. „Dieser Baukasten beinhaltet neben der klassischen Energieversorgung ein Komplett-Paket an Dienstleistungen rund um verschiedene Themen wie beispielsweise E-Mobilität, Photovoltaik, Bauen & Modernisieren oder Smart Home“, so Badenova.

An alle Unternehmen mit ähnlichem Geschäftsmodell richtete Menrath die klare Botschaft: „Es ist nicht Aufgabe von kommunalen Unternehmen, Dienstleistungen anzubieten, die von privaten Unternehmen genauso gut übernommen werden können! Das ist nicht der Wille des Gesetzgebers – auch nicht unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Deshalb fordere ich Badenova, die MVV Energie AG und all die vielen Stadtwerke auf: Halten Sie sich aus dem Kerngeschäft des Heizungshandwerks heraus! Halten Sie sich an den Rahmen, den Ihnen das Gesetz erlaubt, die kommunale Daseinsvorsorge!“

Gleichzeitig erklärten die SHK-Innungen im Fachverband Sanitär-Heizung-Klima in dem Positionspapier ihre Bereitschaft,

„auch zukünftig in geeigneter Weise partnerschaftlich mit Energieversorgungsunternehmen zusammen zu arbeiten, damit die Klimaschutzziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen der Bundesrepublik Deutschland sowie des Bundeslandes Baden-Württemberg erreicht werden können.“

Auch die Kommunen selbst und deren Spitzenverbände kritisierte Menrath. Diese hätten keine Gelegenheit ausgelassen, zu betonen, Verbraucher sollten die kommunale Wärmeplanung abwarten, bevor man eine alte Öl- oder Gasheizung gegen eine Wärmepumpe ersetze. Dies trage zur aktuellen Verunsicherung bei. „Ich habe den Eindruck, dass es nicht selten unter dem Vorwand des Klimaschutzes eigentlich um Marktanteile geht und darum, die Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Interessen zu sichern“, sagte der Vorsitzende des FV SHK BW.

Dass es kommunale Vertreter gibt, die einen anderen Kurs verfolgen, hatte Lörrachs Oberbürgermeister Jörg Lutz am Donnerstag vor dem Verbandstag beim Empfang der Vorstände des Fachverbands und der gastgebenden Innung für Sanitär, Heizung und Klima Lörrach bewiesen. Da SHK-Handwerk sei nie so wichtig wie heute gewesen, so Lutz. Man sei nicht Gegner bei der kommunalen Wärmeplanung. „Nein, wir brauchen alles!“ Sein großes Einkaufszentrum in der Ortsmitte warte ungeduldig auf den Fernwärme-Anschluss – dort habe eine Wärmepumpe wenig Sinn. Anders sehe es in den Einfamilienhaus-Siedlungen auf den Hügeln drumherum aus. „Dort wird nie eine Fernwärme-Leitung hinkommen. Dort müssen Wärmepumpen rein. Sie werden nicht arbeitslos werden“, sagte Lutz. „Es gibt genug für alle zu tun.“

Die kommunale Wärmeplanung war dann auch Schwerpunkt der Facha-

gung des Verbandstags am Samstag mit mehr als 100 Teilnehmern. Dazu machte Menrath klar: „Ein Wärmeplan ist keine Wärmenetzplanung. Ein Wärmeplan allein führt nicht zu einer vorzeitigen Gültigkeit der 65-Prozentanforderung des Gebäudeenergiegesetzes“, wonach neu eingebaute Heizungen zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien zu betreiben sind. „Und ein Wärmeplan hindert uns natürlich nicht effiziente Heizungsanlagen, wie Wärmepumpen, Holzheizungen sowie Wärmepumpen-Hybridheizungen einzubauen.“

2 „Wärmepläne sind hoch politisch“



Foto: Völpel/FVSHKBW

„Flächendeckend halten wir eine Wärmenetzabdeckung von über 30 Prozent für völlig illusorisch“, sagt Wolfgang Becker.

Bei der kommunalen Wärmeplanung sind die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg Vorreiter. In einem Interview mit dem Statement-Dienst des Zentralverbands SHK berichtet daher unser Hauptgeschäftsführer Wolfgang Becker ausführlich über die bisherigen Erfahrungen im Land. Hochfliegende Pläne hört man allenthalben aus der Politik, in welchem Maß die Fernwärme in Deutschland innerhalb weniger Jahre ausgebaut werden soll. Im Gespräch mit dem ZVSHK-Statement 5/24 mahnt Wolfgang Becker dagegen Realismus an, welche Steigerungen möglich sind. Er weist darauf hin, dass zudem erst einmal die Fernwärme-Netze klimaneutral werden müssen. Bislang wurde Fernwärme zu rund 80 Prozent dadurch erzeugt, dass man Kohle, Öl oder Erdgas verbrennt.

Enttäuscht zeigte sich der Hauptgeschäftsführer des Fachverbands SHK Baden-Württemberg darüber, dass das SHK-Handwerk in den Kommunen bislang nicht systematisch einbezogen werde, wenn der kommunale Wärmeplan erstellt wird. Sein Eindruck „aus der Analyse der Wärmepläne und aus



Oberbürgermeister Jörg Lutz (2.v.l.) begrüßt die Vorstände von Fachverband und Innung in Lörrach: „Nie waren Sie so wichtig wie heute.“